

Germanisierung zur Ausradierung der polnischen Vergangenheit durch eine Politik des *tabula rasa*: Während die mehrheitlich deutschen Stadtverwaltungen die Gemeinden mit neuen Namen versahen, wurde die aus dem deutsch-polnischen Kompromiß von 1815 herrührende Bezeichnung Groß-Herzogtum, für Posen selbst wie für die Provinz, aufgegeben. Die Negation der polnischen Identität reichte bis hin zu einfallslosen Landschaftsbezeichnungen (Wartheland) oder zu stark imperialistischen Konnotationen (Ostmark). Schließlich schildert der Verf. in diesem Teil die Schwierigkeiten und Widersprüchlichkeiten, auf welche die um eine Aufrechterhaltung der eigenen Identität bemühte jüdische Gemeinschaft stieß. Selbst die nur verspätete Emanzipation der Juden in den eroberten Provinzen und die politische Integration nach der 1848er Revolution begünstigten Akkulturation wie Germanisierung der jüdischen Gemeinschaft Posens. Der Aufstieg des Antisemitismus gegen Ende des Jahrhunderts ließ freilich ein eigenständiges Identitätsgefühl wieder aufleben, das sich auf die Periode des Groß-Herzogtums berief, in welcher das Naturalisierungsdekret von 1833 verbreitet worden war.

Resultat einer ausgiebigen Sichtung von Archivbeständen, der Analyse von Presseartikeln und literarischen Werken, beteiligt sich das Buch im rechten Augenblick an der Erneuerung von wissenschaftlichen Fragestellungen, die sich mit der Festlegung von Grenzen und der Formation territorialer Identitäten in Europa beschäftigen. Zu einem Zeitpunkt, wo die Europäische Union ihre politische Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Staaten

unternimmt, kann das hier untersuchte Forschungsobjekt die Interessen der Mehrheit der Disziplinen verbinden, welche die Humanwissenschaften bilden (Geschichte, Geographie, Soziologie). Gengraphen werden nur eines bedauern: Die Analyse der Raummarkierungen der Identitätskonstruktion der Deutschen Posens (Teil 3) präsentiert keine eigenständige bildliche und kartographische Dokumentation.

Guillaume Lacquement

Andrea Löw, Kerstin Robusch, Stefanie Walter (Hrsg.): Deutsche – Juden – Polen. Geschichte einer wechselseitigen Beziehung im 20. Jahrhundert (Wissenschaftliche Reihe des Fritz Bauer Instituts, Band 9), Campus Verlag, Frankfurt a. M./New York 2004, 276 S.

Anlässlich des Ausscheidens des Bochumer Historikers Hubert Schneider aus dem Hochschuldienst haben die drei Herausgeberinnen, allesamt seine ehemaligen Studentinnen, das vorliegende Buch als Festschrift verfaßt. Wie dem Gelehrten sowohl der ehemalige Rektor der Ruhr-Universität Dietmar Petzina in seinem Vorwort als auch die Herausgeberinnen in ihrer Einleitung bescheinigen, lag der Schwerpunkt seines Wirkens stets auf dem pädagogischen Anliegen, historisches Wissen nicht nur faktizistisch zu vermitteln, sondern zum Nährboden eines politischen Bewußtseins werden zu lassen, das sich von moralischen Prinzipien leiten läßt. Er wird charakterisiert als Angehöriger einer „engagierten“ Akademikergeneration, die bewußt Abstand nahm vom tradierten Prinzip des „sine ira et studio“ und den Sinn ihrer Lehrtätigkeit in

einer Bildungsarbeit sah, die im Studenten nicht nur den Wissensträger, sondern den ganzen Menschen zu erziehen trachtete. Gleichsam zwangsläufiger Ansatzpunkt war hierfür die nationalsozialistische Epoche und die Kritik am erinnernden Umgang mit ihr nach dem Kriege; als konstruktives Moment betrieb Schneider die Schaffung vielfältiger Kontakte zu Juden und Polen als den Haupt. Neben der Organisation eines regelmäßigen Studentenaustauschs mit der Jagiellonischen Universität bzw. der Pädagogischen Hochschule Krakau setzte er sich insbesondere, als Mitbegründer des Vereins „Erinnern für die Zukunft“, dafür ein, daß die Stadt Bochum ein Einladungsprogramm für ihre ehemaligen jüdischen Bürger etablierte.

Hubert Schneider zählt erkennbar zu jener Minderheit unter den Hochschul Lehrern, die zugunsten der Lehre und der allgemeinen Bildungsarbeit auf akademische Titelsucht und Publikationswettbewerb verzichtet hat. Seine zählbaren, aber anspruchsvollen Veröffentlichungen folgten seinen pädagogischen Interessen und entstanden besonders in den letzten Jahren offenbar oft als Nebenprodukt derselben. Das ist durchaus keine Schande; gerade daher ist aber den Herausgeberinnen der Vorwurf nicht zu ersparen, daß der Festschrift kein vollständiges Publikationsverzeichnis beigelegt wurde, wie es für diesen Schrifttumstyp üblich ist. Zwar werden die wichtigsten jüngeren Arbeiten im Literaturverzeichnis zur Einleitung (S. 16/17) genannt, dennoch wollte man hier ohne Not etwas zu bescheiden sein.

Als roter Faden wurde der besagte historische Dreiklang von „Deutschen – Juden – Polen“ gewählt; bewußt sollen die drei 'bilateralen' Beziehungsrich-

tungen in eine 'trilaterale' zusammengeführt werden. Hierbei lehnen sich die Herausgeberinnen an das gleichnamige Heft Nr. 7 (1997) der Zeitschrift SACHOR an, die seit 1993 von der „Studentischen Arbeitsgemeinschaft für Antisemitismusforschung“ an der Ruhr-Universität Bochum herausgegeben wird; die Herausgeberinnen waren auch hieran schon beteiligt. Bezüglich der inhaltlichen Umsetzung dieses Leitthemas im vorliegenden Band ist freilich anzumerken, daß nicht alle Beiträge der besagten 'Trilateralität' in gleicher Weise Rechnung tragen. Solche Unebenheiten sind allerdings bei Festschriften nicht ungewöhnlich, wenn einige Beiträge in einem weiteren Kontext und nicht originär für das betreffende Buch entstehen. Jedenfalls findet der Leser ein vielfältiges Spektrum von Themen vor; in allen Beiträgen findet überdies, wer sich die Mühe genauen Studiums macht, reiche weiterführende Angaben, die zur Vernetzung des Themenbereichs zusätzlich beitragen. Allerdings suggeriert der Untertitel „Geschichte einer wechselvollen Beziehung im 20. Jahrhundert“ eine Vollständigkeit, die der Band – naturgemäß – nicht bieten kann.

Ganz im Sinne der 'Trilateralität' ist der zu Beginn stehende Artikel von Zdzislaw Noga über „Polen, Deutsche und Juden in Krakau zur Zeit der Ersten Rzeczpospolita“ gehalten. Gleichsam als Hintergrund für die übrigen, meist zeitgeschichtlichen Abhandlungen zeichnet der Autor das mehr konfessionell als ethnisch bestimmte Verhältnis der drei Bevölkerungsgruppen im „vornationalen“ Zeitalter. Ebenso wenig wie in den folgenden Darstellungen erhält man hier das Bild einer „guten alten Zeit“, sondern vielmehr das eines stets

dynamischen, interessen geleiteten Agierens aller Beteiligten, wobei zu jener Zeit die wechselseitige Abhängigkeit der Gruppen voneinander sowie die vermittelnde Rolle des Königtums noch für Formen des Ausgleichs sorgen konnten.

Im chronologischen Fortgang folgt Heiko Haumanns Skizze über die Situation von Juden im ländlichen Galizien des späten 19. und frühen 20. Jh.s, also der 'klassischen' Hochzeit der ethnischen Nationsbildung in Europa. Hier spielten Deutsche keine wesentliche Rolle, statt dessen treten neben die jüdischen und polnischen Akteure noch die Ruthenen (Ukrainer). Der Autor betont, daß im gängigen Bild des (klein-)städtischen, bildungs- und aufstiegsorientierten Juden die komplexe Wirklichkeit ländlich-agrarischer Lebensformen selten angemessene Beachtung findet. Es gab aber, wie Haumann klarmacht, trotz eines im 19. Jh. einsetzenden starken Zuges zur Verstärkung der Juden neben den hinlänglich bekannten Schankpächtern und Gutsverwaltern gerade in Ostgalizien auch jüdische Landbesitzer bzw. 'Bauern', Landarbeiter und in anderen landwirtschaftlichen Berufen Tätige. Gerade hieran entzündete sich aber nach der Wende zum 20. Jh. auch ein zunehmender Konflikt mit der ihrerseits aufstrebenden polnischen Bauernbewegung. Die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Juden und Christen werden als ambivalent und von beiderseitigen kulturellen Abgrenzungstendenzen geprägt skizziert, aber es wird deutlich, daß es sie überall dort gab, wo die Erfordernisse des praktischen Zusammenlebens sie wünschenswert erscheinen ließen. Speziell konnte sich die häufige Mehrsprachigkeit der Juden sowohl als integratives

Hilfsmittel erweisen als auch als Barriere für die Akzeptanz von Juden als Teil einer prinzipiell sprachlich-kulturell geleiteten Nationsbildung von Polen, Ruthenen oder anderen.

Weitere 'trilaterale' Beiträge, ab hier massiert für den Zeitraum des 20. Jh.s, stammen von *Andreas R. Hofmann*, *Bogdan Mustial*, *Andrea Löw*, *Karol Sauerland* und *Robert Kuwalek*. Ihr gemeinsamer, gleichsam 'natürlicher' Bezugspunkt ist der vielgestaltige Zerfall der ethnisch-kulturell gemischten Gesellschaft Polens unter dem Druck der deutschen Besatzung. Besonders interessant, da auf den *Ersten Weltkrieg* bezogen, ist *Andreas R. Hofmanns* Aufsatz über die „vergessene Okkupation“ der Stadt Lodz zwischen Oktober 1914 und November 1918. Sein Augenmerk richtet der Autor dabei auf die Erfahrung der Zivilbevölkerung der legendären 'trinationalen' – polnisch-deutsch-jüdischen – Textilmetropole des Russischen Reiches, die bislang im Unterschied zur Politik der Besatzungsbehörden kaum erforscht worden ist – nicht zuletzt wegen eines lange währenden Desinteresses auf polnischer Seite am *Ersten Weltkrieg* (und ganz allgemein am politisch von den 'Teilungsmächten' bestimmten 'langen' 19. Jh.). 1914 entstand eine angesichts der Umstände recht effektive bürgerliche Selbstverwaltung, die von deutscher Seite akzeptiert und nach und nach mit Autonomierechten versehen wurde. Auch diese konnte jedoch nicht verhindern, daß die Textilindustrie und mit ihr die ganze Stadt kriegsbedingt praktisch zum Erliegen kam und die Bevölkerung zu großen Teilen verarmte. Hinzu kam – als 'Lösung' des resultierenden Arbeitslosenproblems – die teils gewaltsame Verbringung von Arbeitern ins Reich;

hierbei wird deutlich, daß ungeachtet der fundamentalen Unterschiede zur Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg auch schon hier die deutsche Besatzungspolitik zumindest teilweise mit Stereotypen arbeitete, die sich nicht nur, aber besonders gegen die jüdische, großenteils proletarische Bevölkerungsgruppe richtete. Hieran zeigte sich die Ambivalenz einer Besatzungspraxis, die andererseits versuchte, mit Hilfe der Juden als sprachverwandter und kooperationsbereiter Minderheit eine von den Polen beargwöhnte Politik des 'divide et impera' zu betreiben. Die Lodzger Deutschen hatten, anders als man vielleicht denken möchte, unter der reichsdeutschen Okkupation keinen leichten Stand, da auch ihre partiellen Interessen den polenzentrierten Neuordnungsplänen der Reichsführung untergeordnet wurden; zumindest ein Teil von ihnen sah daher erst in der Eingliederung Lodz ins Reich im Jahre 1939 die Erfüllung ihrer politischen Wünsche.

Dies leitet über zum 'Kernthema' des Bandes, dem Holocaust. Der erste Autor in diesem Komplex, Bogdan Musial, konstatiert ein Mißverhältnis innerhalb der Holocaust-Forschung zwischen den zahlreichen Arbeiten zur Situation in Deutschland einerseits und dem weitgehenden Mangel daran zur Situation in Polen, d. h. dem Generalgouvernement (GG), andererseits. Musial widmet sich hier der Struktur der deutschen Zivilverwaltung im GG und ihrer Rolle bei der Verfolgung und Vernichtung der Juden. Er definiert Hans Franks Verwaltung großenteils als Ergebnis einer „negativen Auslese“ (S. 100) unter deutschen Beamten, die sich in einer ersten Phase, zwischen Sommer 1939 und Ende 1941, große Autonomie gegenüber den Reichsbehörden und der

SS sichern konnte, sich aber zugleich mit der Spannung zwischen antisemitischer Politik und der vorübergehenden Konzentration von Juden im GG auseinanderzusetzen hatte. In der zweiten Phase, die seit Anfang 1942 von der „Aktion Reinhard“, also der nunmehr systematischen Verfolgung und Vernichtung der Juden im gesamteuropäischen Kontext bestimmt war, verlor die Zivilverwaltung ihr „judenpolitisches“ Monopol und wetteiferte mit der SS um die 'effektivste' Liquidierung der Juden. Dabei traten zu dem ideologischen Grundmotiv „Nützlichkeitsabwägungen“ (S. 108) der Art, daß man durch die Ermordung der Juden eine Besserung der angespannten Versorgungslage im GG erwartete; freilich war diese selbst das Ergebnis der Deportation von Juden und Polen aus den eingegliederten Gebieten in das GG.

Die besondere Situation in der „Hauptstadt“ des Generalgouvernements, Krakau, bis zur Errichtung des Ghettos im März 1941 beschreibt Andrea Löw aus Sicht der zunehmend bedrängten jüdischen Bevölkerung. Die natürliche Anziehungskraft des (im Kriege unzerstörten) Zentrums Kleinpolens für die aus dem Westen abgeschobenen Juden stieß sich mit Hans Franks Wunsch, seinen Amtssitz zu einer deutsch-polnischen Musterstadt zu gestalten, die langfristig 'judenfrei' werden müßte. Wie zuvor Musial betont die Autorin die widerwillige Einsicht der Zivilverwaltung in die bedeutende wirtschaftliche Position der Juden, die ihre schnelle 'Entfernung' erschwerte. Gleichwohl – oder gerade daher – erfuhren die Juden die aus dem Reich bekannten, der Ghettoisierung und späteren Vernichtung vorausgehenden Maßnahmen der Ausgrenzung und Ent-

rechtung, durch die den Juden der Aufenthalt in Krakau verleidet und sie anfangs zur „freiwilligen Abwanderung“ (S. 128) in andere Orte des GG bewegt werden sollten. Löw arbeitet aus den Erinnerungsquellen vor allem die Empfindung des Ausgeliefertseins und der Ungewißheit heraus; daneben tritt die schon länger in der Forschung diskutierte dilemmatische Rolle des Judenrates, dessen Bemühungen um „geordnete“ Verhältnisse nolens volens zur Umsetzung der „Endlösung“ beitragen.

Während *Musiał* und *Löw* in ihren eher 'bilateralen' Abhandlungen auf die Rolle der polnischen Bevölkerung nur am Rande eingehen, behandelt *Karol Sauerland* ausdrücklich die „polnische Gesellschaft in der deutschen Besatzungszeit aus jüdischer Sicht“. Ausgelöst von Jan Tomasz Gross' aufsehenerregendem Buch „Nachbarn“ hat sich bekanntlich in den letzten Jahren eine intensive Diskussion sowohl über die direkte oder indirekte Beteiligung von Polen am Holocaust entwickelt als auch über die unterschiedlichen kollektiven Gedächtnisse von Juden und Polen. *Sauerland* beleuchtet anhand jüdischer Selbstzeugnisse die komplexe Rolle der Polen angesichts der schrittweisen Erfassung und Ermordung der Juden, hier am Beispiel Warschaws. Deutlich wird dabei, daß Polen in vielen Fällen aus eigenem Antrieb an der praktischen Entrechtung der jüdischen Bürger mitgewirkt und sich an ihrer Habe bereichert haben. Während sich 'bourgeoise' Juden oft apathisch verhielten, entwickelten jüdische Arbeiter (Bundisten) Abwehrorganisationen gegen regelmäßig die jüdischen Wohnviertel heimsuchende polnische Schlägertrupps. Die Fälle polnischer Kollaboration waren so zahlreich, daß sogar die Presse des zu

großen Teilen selbst antisemitischen Untergrundes wiederholt das Verhalten ihrer Landsleute anprangerte.

Robert Kuwalek eröffnet am Beispiel des „Durchgangsghetto“ Izbica nahe Lublin einen Einblick sowohl in die Logistik als auch in die tragischen menschlichen Folgen der Deportationspolitik innerhalb des GG. Wie andere Orte wurde Izbica nach Maßgabe seiner 'verkehrsgünstigen' Lage an den zu den Vernichtungslagern führenden Bahnstrecken ausgewählt, um dort Juden aus dem GG und aus ganz Europa vorübergehend zu konzentrieren. Izbica war überdies bereits historisch ein überwiegend jüdischer Ort gewesen. Seine von vornherein gering entwickelte Infrastruktur wurde infolge des massenweisen Herbeiführens von Menschen hoffnungslos überlastet; die entstehenden katastrophalen hygienischen, wirtschaftlichen und Wohnverhältnisse wurden wie andernorts von den deutschen Behörden bewußt in Kauf genommen bzw. sogar als Element der 'Vor-Vernichtung' angestrebt. Zusätzlich erwachsen kulturell begründete Spannungen zwischen den westeuropäischen Juden und den 'Ostjuden', die von der SS zur Kontrolle der tendenziell chaotischen Situation instrumentalisiert werden konnten. Die christlich-polnische Minderheit der lokalen Bevölkerung erscheint auch hier nur am Rande und bleibt blaß; in einigen Fällen wurden Polen zur Mitwirkung an Erschießungen und Verfolgungsaktionen gezwungen. Die übrigen Aufsätze besitzen einen klar 'bilateralen' Charakter und sollen hier nur kurz gewürdigt werden. *Kerstin Robuschs* Skizze des KZ-Häftlings und späteren Aktivisten für die Interessen der NS-Opfer, Hermann Langbein, kreist vor allem um die

Spannung zwischen Langbeins kommunistischer Politisierung in Österreich vor 1938 und seiner fortschreitenden Enttäuschung nach 1945 über die Haltung des Realsozialismus zum Holocaust sowie über dessen allgemein illiberalen Charakter. Eher zweitrangig erscheint in der Arbeit der Umstand, daß Langbeins Situation in der Lagerhaft (in Dachau und Auschwitz) relativ dadurch begünstigt wurde, daß er nicht als 'Halbjude', sondern als „Politischer“ inhaftiert wurde und die kommunistischen Selbsthilfestrukturen nutzen konnte. Die polnische Seite spielt hier keine Rolle.

Auch in *Benedikt Fabers* Betrachtung zu Viktor Klemperers politischem Verhalten nach 1945 in der SBZ/DDR kommt Polen nicht vor. Aber auch der jüdische Aspekt seiner Person war für Klemperer selbst nachweislich nicht wichtig, er lieferte allenfalls dem kommunistischen „antifaschistischen“ Diskurs eine zusätzliche Nuance als „Vorzeigejude“ (Zitat nach Klemperer auf S. 202). Die Studie zeichnet in erster Linie – ähnlich wie bei Robusch – anhand von Klemperers Aufzeichnungen seine geistig-politische Positionssuche im neuen System nach; dabei ging es neben 'existentialistischen' Aspekten auch um triviale Vorteilssuche.

Ein drittes eher vordergründig 'deutsch-jüdisches' Thema bietet *Dirk Pöppmanns* kriminalgeschichtliche Untersuchung des Mordes an dem jüdischen Sozialdemokraten Felix Fechenbach im Jahre 1933. Die an Martin Sabrows ähnlich gelagerte Abhandlung politischer Morde in der Weimarer Republik⁴ erinnernde Studie zeigt, daß sich als Motive für den Haß der Nationalsozialisten auf Fechenbach Judenfeindlichkeit und 'Antimarkismus'

kaum unterscheiden lassen; daher ist der Stellenwert des jüdischen Aspektes schwer bestimmbar. *Pöppmanns* wichtigster Befund ist, daß die Nachkriegsjustiz keineswegs eine generelle Hemmung aufwies, NS-Verbrechen zu verfolgen, sondern daß neben politisch begründeten Amnestierungen auch die allgemeinen 'inneren Schranken' des Rechts oft Täter begünstigten.

Mit einem zeitlichen Sprung wirft der Direktor des Deutschen Polen-Instituts, Dieter Bingen, einen Blick auf „das Ende der Nachkriegszeit im deutsch-polnischen Verhältnis“ zwischen 1970 und der Wiedervereinigung 1990. In dieser souveränen politologischen Skizze gibt es wiederum keinen jüdischen Aspekt; dies erklärt sich schon aus dem diplomatiegeschichtlichen Ansatz.

Den Abschluß bildet eine persönliche Reminiszenz an seine Jugend bis zur Emigration 1938 von *Jerry Freimark*, einem jüdischen ehemaligen Bochumer, der durch das von Hubert Schneider angeregte Empfangsprogramm der Stadt Bochum nach Jahrzehnten seine Heimatstadt wiedersah und seither im ständigen Kontakt mit dem zu Ehrenden steht.

Es wäre interessant gewesen, evtl. von einem weiteren Autor etwas über die Entwicklung des trilateralen Verhältnisses seit dem Ende des Kalten Krieges zu lesen. Hier scheinen allerdings die 'Diskurse' erneut bilateralen Charakter angenommen zu haben; man erinnere sich etwa an die 'Schweigeposition' Bundespräsident Roman Herzogs angesichts des jüdisch-polnischen Streits während der Gedenkfeier in Auschwitz im Januar 1995. Auch die vor kurzem abgehaltene OSZE-Konferenz zur Frage des Antisemitis-

mus in Mittel- und Osteuropa war weniger von einem dialogischen als von einem apodiktischen Charakter gegenüber den neuen EU-Mitgliedsländern gekennzeichnet.

Insgesamt liegt ein sehr heterogenes Buch vor, das mit seiner Struktur noch nicht imstande ist, wirklich eine 'trilaterale Geschichte' zu erzählen; auch ist sein 'Festschriftcharakter' in den Stärken wie in den Schwächen unübersehbar. Es spiegelt aber mit seinen Unebenheiten gerade auch den Stand der Forschung auf diesem Gebiet wider und leistet so einen wertvollen Beitrag zur Bestimmung zukünftiger strategischer Fragestellungen und Diskursorientierungen.

Jens Boysen

Jörn Rüsen: Kann gestern besser werden? Zum Bedenken der Geschichte, Kulturverlag Kadmos, Berlin 2003, 160 S.

Das handliche Bändchen im Taschenbuchformat weckt durch seine äußerliche Gestaltung die Erwartung einer leicht lesbaren, wissenschaftlicher Fußnotenrituale weitgehend entlasteten, dennoch aber gehaltvollen Lektüre. Letzteres bieten die vier hier zusammengefügte Essays auf jeden Fall, da sie konsequent die in der sonstigen geschichtstheoretischen Diskussion eher immanenten, nicht aber explizit ausgeleuchteten anthropologischen Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellen. Nicht in der historiographietheoretischen und geschichtsdidaktischen Fachdiskussion beheimateten Lesern eröffnet *Jörn Rüsen* mit seiner „Anthropologie des Historischen“ (S. 123) neue Denkspielräume für die Reflexion eigenen

fachwissenschaftlichen und publizistischen Tuns.

Natur und Aufbau des Büchleins führen dazu, daß der Geschichtsdidaktiker und -theoretiker *Rüsen* seine Hauptstoßrichtung erst im letzten Aufsatz „Was ist Geschichte? Skizze einer Synthese“ (S. 107 ff.) offen legt. Mit diesem, letztlich eine Anthropologie des Historischen anzielenden Aufsatz soll diese Rezension beginnen, um dann im wesentlichen rückwärts zu den hier betonten utopischen und ethischen Potentialen von Geschichtsbewußtsein zu gelangen.

I.

In der abschließenden Skizze setzt *Rüsen* voraus, daß historisches Denken im Prinzip eine kulturunabhängige Universalie sei: „Menschen müssen ihre Welt, sich selbst und die Anderen, mit denen sie zusammenleben, deuten, um leben zu können ... Ein wesentlicher Bereich solcher Deutungen ist der Zeiterfahrung gewidmet...“ (S. 110). Er faßt Geschichte als anthropologische Universalie, indem er sie – ältere eigene Theorien aufgreifend – als „Sinnbildung über Zeiterfahrung“ definiert (S. 110), die zugleich sowohl empirisch als auch normativ ausgerichtet sei. Hierin sei historisches Erzählen eine eigene Art des Erklärens unter Verwendung bestimmter Zeitkategorien (S. 111-112). In Übereinstimmung mit historiographiegeschichtlichen Forschungen betrachtet *Rüsen* die neuzeitliche Geschichtswissenschaft als eine epochentypische Form des Umgangs mit Vergangenheit. Geschichtsbewußtsein vollziehe sich in vier Prozeduren: a. der Wahrnehmung der Vergangenheit als Differenzenerfahrung, b. der Deutung von Vergangenheit als zeitliche Bewe-